

Zürich

«Marktlücke» macht erwerbslose Mütter für den Arbeitsmarkt fit

Christina Dalbert füllt an der Schipfe und in Altstetten mit Laden, Werkstatt und Restaurant eine Lücke im städtischen Programm zur Arbeitsintegration.

Von Denise Marquard

Zürich - Ist Christina Dalbert nun Unternehmerin, Sozialarbeiterin oder Produktdesignerin? Sie weiss es manchmal selber nicht. «Wenn es nötig ist, wechsle ich von einer Funktion in die andere.» In erster Linie ist sie Geschäftsführerin der Firma Marktlücke. Die GmbH besteht aus einem Laden, einer Werkstatt, einem Onlineshop und dem Restaurant Kantine Hermetschloo. Der gemeinsame Nenner der verschiedenen Betriebe: Sie beschäftigen vor allem erwerbslose Mütter. Sie werden hier gefördert, um einen «richtigen» Job zu finden.

Das Projekt hat eine Vorgeschichte. Christina Dalbert leitete neun Jahre lang eine städtische Integrationswerkstatt für Frauen, die von der Sozialhilfe abhängig waren. Die Debatte über den Missbrauch von Sozialgeldern und der damit verbundene Druck seien 2007 auch in der Integrationswerkstatt zu spüren gewesen, sagt Dalbert. Als die Stadt 2008 sparen musste, wurde die Werkstatt geschlossen. «Die Stadt vertrat die Auffassung, es brauche in Zukunft keine spezifischen Plätze mehr für Frauen.»

Sozialpolitisches Engagement

Dalbert, die selber eine inzwischen erwachsene Tochter hat, ist anderer Meinung. «Die grösste Herausforderung für Frauen ist, wie sie Familien- und Berufsarbeit unter einen Hut bringen.» Männer haben andere Probleme. «Frauen, die wir ansprechen, sind zwar arbeitsfähig, haben aber durch die Geburt des Kindes oder aus organisatorischen Gründen ihren Job verloren oder keine Möglichkeit, Arbeit zu finden.» Mütter beginnen in der Marktlücke mit einem kleinen Teilzeitpensum, um daneben Zeit zu haben, besser Deutsch zu lernen oder um zusammen mit einer Sozialarbeiterin einen Krippenplatz zu finden.

«Ich bin keine Mutter Teresa», sagt Dalbert. Sie wolle den Frauen einen selbstwertfördernden Arbeitsplatz und ein angenehmes Klima bieten. In der Tat findet die Arbeit an zwei ausserordentlich schönen Orten statt. Der Laden ist an der Schipfe. Im Geschäft direkt am Wasser lernen die Frauen, handgefertigte Produkte aus sozialen Werkstätten und kleinen Manufakturen in der Schweiz zu verkaufen. Darunter sind auch Artikel, die im Auftrag von Designern in der Marktlücke-Werkstatt produziert werden, wie Lampen, Velotaschen oder Schlüsselanhänger.

Der zweite Arbeitsort liegt am andern



Christine Dalbert im Marktlücke-Laden an der Schipfe. Foto: Sophie Stieger

Ende der Stadt, an der Hermetschloosstrasse in Altstetten. Hoch über den Bahngleisen mit Weitblick über die Stadt und die Alpen breitet sich auf der obersten Etage das Restaurant aus. Hier arbeiten die Frauen im Service oder in der Küche. Ein Stockwerk tiefer befinden sich die Werkstatt und das Lager sowie die Arbeitsstellen im Büro. Eine Frau aus Sri Lanka ist damit beschäftigt, Filze für ein spezielles Smartphone-Etui aus zuschneiden. Stolz erklärt sie, dass es sich bei diesem Artikel um eine Auf-

tragsarbeit handle. Eine gelernte Coiffeuse, die wegen Allergien nicht mehr ihren Beruf ausüben kann, stellt Weinglasmanschetten her. Eine dritte Frau näht aus alten Tischtüchern Kräutersäckli.

An diesem Morgen fehlen wegen der Grippe einige Programmteilnehmerinnen in der Werkstatt. Die Aufträge müssen dennoch erledigt werden. Das setzt vom übrigen Personal grosse Flexibilität voraus. Inzwischen gehören elf Mitarbeitende zum Team, inklusive

Lehrling und Praktikantinnen. Dazu kommen pro Jahr rund 30 Programmteilnehmerinnen. Ihnen bietet die Marktlücke neben einer festen Tagesstruktur interne Lerngänge in verschiedensten Bereichen an. Dort lernen sie ihre Fähigkeiten kennen, gewinnen Selbstvertrauen und erfahren Wertschätzung.

Das Problem der Finanzierung

Der Anreiz für die Frauen besteht darin, unabhängig zu werden und einen normal bezahlten Job zu finden. «Für Migrantinnen ist der Druck, sich von der Sozialhilfe abzulösen, noch grösser als für Schweizerinnen, da manchen von ihnen sonst die Ausweisung droht», sagt Dalbert. 40 Prozent der teilnehmenden Frauen finden jedes Jahr einen Job im ersten Arbeitsmarkt. Letztes Jahr waren es sogar 54 Prozent. Was passiert mit denjenigen, die den Sprung nicht schaffen? Dalbert: «Für sie suchen wir andere Anschlusslösungen wie beispielsweise Teillohn-Programme der Stadt.» Sie verhehlt aber nicht, dass es auch Frauen gibt, die der Belastung nicht standhalten und das Programm abbrechen.

Dalbert wollte vom Sozial-Image wegkommen und gründete deshalb vor fünf Jahren eine GmbH. Sie wusste nicht, dass sie sich damit zusätzliche Schwierigkeiten aufbürdete. Wer einer gemeinnützigen Stiftung Geld spendet, kann diesen Betrag bei den Steuern abziehen, nicht aber bei einer GmbH. Ohne Unterstützung von der Stiftung Zürich Jobs, dem Spendenparlament sowie privaten Darlehen würde es Dalbert nicht schaffen. Das Geld, das ihr die Sozialämter für das auf 18 Monate beschränkte Förderprogramm bezahlen, deckt die Kosten nicht.

Dalbert lässt sich nicht unterkriegen; sie denkt längerfristig und strategisch. Mit der Marktlücke will sie weiter diversifizieren und sich so eine solide finanzielle Basis schaffen. So spielt sie mit dem Gedanken, Plätze für andere Zielgruppen, zum Beispiel die IV, anzubieten. Und sie fordert die Politik auf, aktiver zu werden und zum Beispiel Teilzeit-Lehrstellen für Teenager-Mütter zu schaffen.

Diese Idee Dalberts haben nun SP-Gemeinderätin Rebekka Wyler und ihr Ratskollege Thomas Wyss (Grüne) aufgenommen und ein entsprechendes Postulat eingereicht. Da die SVP an der gestrigen Ratssitzung einen Ablehnungsantrag gestellt hat, wird der Vorstoss erst in einigen Wochen behandelt. Der Stadtrat hat signalisiert, dass er den Vorstoss entgegennehmen will.

Nachrichten

Unfall

Lastwagen beschädigt Tunnel - Staus im ganzen Kanton

Zürich - Ein Lastwagen mit Kran hat am Mittwochnachmittag den Schöneichtunnel beschädigt. Etliche Fahrzeuge wurden danach von herunterfallenden Trümmerteilen getroffen. Verletzt wurde niemand. Schöneich- und Milchbuckunnel mussten gesperrt werden, was zu Staus im ganzen Kantonsgebiet führte. Der Unfall ereignete sich gegen 15.30 Uhr, als der Lastwagen stadtauswärts in Richtung St. Gallen fuhr. Beim Tunnelportal hängte der nicht komplett abgesenkte Kran an der Tunneleinrichtung ein und riss auf einer Länge von mehreren Hundert Metern Brandmelde- und andere Kabel, Lampen und Lüftung herunter. (SDA)

Gastronomie

Hiltl und Bindella wirten in der Sihlpost

Zürich - Im Erdgeschoss der Sihlpost bauen die SBB zwei neue Restaurants. Die Eröffnung ist für Anfang 2016 geplant. Betreiber der Lokale sind Rolf Hiltl und Rudi Bindella. Vegi-Gastronom Hiltl plant am künftigen Europaplatz Café, Bistro, Take-away und eine Bar sowie Sitzgelegenheiten im Aussenbereich. Sein Angebot setzt sich aus dem bekannten Hiltl-Food zusammen. Auch Bindella (Santa Lucia, Spaghetti Factory) setzt auf Bewährtes. Im La Stazione solls Pasta geben, italienische Klassiker und ein breites Weinangebot. Bindellas Restaurant wird 150 Sitzplätze umfassen sowie 100 auf der Terrasse. (pa)

Vorlage

Fanarbeit von GC und FCZ wird weitergeführt

Zürich - Der Stadtrat will den Verein Fanarbeit Zürich nach Ablauf der fünfjährigen Pilotphase im Juni weiter unterstützen, wie er gestern mitteilte. Er beantragt beim Gemeinderat einen jährlichen Beitrag von 100 000 Franken bis Ende 2016. Der Verein führt Fanprojekte für den FCZ und GC durch. Vereine, Kanton und Stadt tragen je ein Drittel der Kosten. Clubs und Kanton haben ihre weitere Unterstützung bereits angekündigt. (gg)

Spital Winterthur

Gewerkschaft droht mit Referendum

Zürich - Die geplante Umwandlung des Kantonsspitals Winterthur in eine Aktiengesellschaft stösst bei der Gewerkschaft VPOD auf Ablehnung. Die Mitglieder haben an ihrer Generalversammlung eine Resolution verabschiedet, in der sie ihre Bereitschaft zeigen, das Referendum gegen das Vorhaben zu ergreifen. Die Umwandlung in eine AG sei ein «verantwortungsloses Experiment» des Regierungsrats, so der VPOD. (gg)

Standing Ovation für FDP-Stadtrat Martin Vollenwyder

Der Zürcher Finanzvorstand hatte gestern Abend nach elf Jahren im Amt seinen letzten Auftritt im Gemeinderat - überaus erfolgreich.

Von Jürg Rohrer

Zürich - Von der FDP bis ganz links stand das Parlament kurz vor 20 Uhr auf und klatschte so heftig wie sonst selten im Ratssaal. Nur die SVP blieb sitzen, die mit Vollenwyders Ausgaben- und Steuerfusspolitik nie einverstanden war. Doch der Applaus hielt an, und dann, beginnend auf den Hinterbänken, erhoben sich langsam und teils etwas ungelent auch die SVPLer.

Ratspräsident Albert Leiser (FDP) würdigte Vollenwyder als politisches Ausnahmetalent mit viel Humor, der tat, was er für richtig hielt und damit meistens recht hatte. Darum auch der Übername «bester Kassenwart der Schweiz». Vollenwyder sei eine starke Persönlichkeit und ein Mensch mit einer aussergewöhnlichen Ausstrahlung, mit dem Talent, die knallharte Analyse allgemein verständlich zu machen. Er verstand sich mit links und rechts - und widersprach wenn nötig allen. Leiser nannte es eine böse Unterstellung, dass man

Vollenwyder neben der Stressresistenz auch die Beratungsresistenz nachsage.

Wenn von diesen Worten nur die Hälfte stimme, sei das schon sehr gut, antwortete der Geehrte, so viel Applaus sei ihm fast peinlich. Er habe gern politisiert, meist lustvoll, er habe immer gern entschieden, selbst mit dem Risiko des Fehlermachens. Ausdrücklich einen Fehler nannte er die einstige Raumvermietung an eine Kinesiologiepraxis in den Räumen der städtischen Unfallversicherung. Zum Schluss forderte er das Parlament auf, sich zusammenzurufen und Lösungen zu finden statt Gräben zu bauen.

Landverkäufe in Opfikon

Erfolg hatte Stadtrat Vollenwyder gestern auch mit seinen letzten beiden Geschäften. Im Glattpark in Opfikon verkauft die Stadt für 19,4 Millionen Franken 9000 Quadratmeter Land, damit dort zwei private Immobilienunternehmen 180 Eigentumswohnungen bauen können. SP, Grüne, AL und SD lehnten ab, weil sie auch kostengünstige Wohnungen wollten, doch blieben sie mit 61:58 in der Minderheit. Ebenfalls im Glattpark verkauft die Stadt 24 000 Quadratmeter für 35,5 Millionen Franken an die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich, die 280 Wohnungen bauen will. Nur SVP und SD waren dagegen.

Gestern im Gemeinderat

Veloboulevard Josefstrasse

Einen Dogmawechsel, eine kleine verkehrspolitische Revolution, verspricht sich Matthias Probst (Grüne) von seinem Postulat: eine Velobahn auf der Josefstrasse im Kreis 5 mit beidseitig mindestens zwei Meter breiten Streifen, Dauervortritt für Velos, kaum Autos und Boulevardcafés. Es gelte, das bisherige Verkehrsverhalten aufzubrechen. SP, Grüne und EVP waren dafür, FDP und CVP zwar im Grundsatz auch, doch störten sie sich an den einschneidenden Vorgaben. Die SVP sprach von neuem Extremismus und einer Kriegserklärung ans Auto. Mit 71 zu 45 wurde das Postulat zur Prüfung an den Stadtrat überwiesen.

Velos automatisch parkieren

Joachim Hagger und Alexander Jäger von der FDP möchten ein zentral gelegenes, unterirdisches und automatisches Veloparkiersystem - als Pilotprojekt in Zürich. Ihr Postulat wurde mit 83:32 überwiesen. Die GLP bezweifelte das Funktionieren der Automatik, und die SVP störte, dass die FDP auf Druck der SP nicht auf Gebührenpflicht bestand.

Gewerbeparkplätze umstritten

Mit einer Motion wollte die FDP auf Quartierplätze Parkplätze in der Nähe von Läden und Gewerbebetrieben beschreiben. Stadtrat und Mehrheit lehnten ab, weil das die Ortsverhältnisse meist nicht zulassen und dem Gewerbe so nicht gedient sei. (jr)

Der Ombudsmann erhielt letztes Jahr 727 Beschwerden

Streit wegen eines Tickets für die S-Bahn, unkorrekte Bussen, der falsche Name für ein Baby: Der Ombudsmann schlichtet.

Von Ruedi Baumann

Zürich - Als Vermittler zwischen Bürgern und Verwaltung hat der kantonale Ombudsmann im vergangenen Jahr 727 Beschwerden behandelt. Der Rechtsanwalt und ehemalige Richter Thomas Faesi zog gestern vor den Medien Jahresbilanz. Vier Fälle:

● Eine Frau gebar durch Notkaiserschnitt am Unispital sieben Wochen vor dem Termin eine Tochter. Der Vater unterschrieb die Namenskarte allein, weil die Mutter dazu nicht in der Lage war. Er sei vom Krankenhauspersonal zur Unterschrift gedrängt worden mit der Zusicherung, die Karte sei ohne Unterschrift der Mutter nicht gültig. Als dann die Geburtsurkunde eintraf, war der zweite Name der Tochter nach Ansicht des Ehepaars falsch. Es verlangte ein Anpassung, scheiterte aber an der sturen Haltung des Gemeindeamts, das sich wiederum auf ein Bundesgerichtsurteil berief. Der Ombudsmann wünscht sich ein etwas kreativeres Verhalten der

Verwaltung. Das Paar muss nun das offizielle und aufwendige Verfahren zur Namensänderung auf sich nehmen.

● Ein S-Bahn-Passagier hatte auf seinem iPhone korrekt ein E-Ticket gelöst. Bei der Kontrolle aber war der Handy-Akku leer. Er musste 100 Franken bezahlen. Nach Intervention des Ombudsmanns will der Zürcher Verkehrsverbund künftig kundenfreundlicher sein und nur noch 30 Franken verlangen, wenn korrekt ein Ticket gelöst wurde.

● Ein Autofahrer wechselte über eine gestrichelte Linie die Spur, obschon auf der Fahrbahn ein Ausfahrpfeil aufgemalt war. Er wurde von der Kantonspolizei mit 100 Franken gebüsst, vom Obergericht aber aufgrund eines Bundesgerichtsurteils freigesprochen. Nach einem Gespräch mit dem Ombudsmann sicherte der Polizeikommandant zu, die Verzeigepolitik zu überprüfen.

● Zwei langjährige, gut qualifizierte Mitarbeiter eines Uni-Instituts wurden direkt freigestellt, nachdem sie verges sen hatten, ein Arbeitsgerät zu zügel. Dadurch wurde eine Forschungsarbeit beeinträchtigt. Beide Freistellungen erfolgten vom einen auf den anderen Tag - ohne Anhörung und Bewährungsfrist. Das war personalrechtlich nicht korrekt, ein Einigungsversuch scheiterte, die beiden begehen nun den Rechtsweg.